

Gemeinsam Klimage- rechtigkeit erkämpfen

Klimawandel, Erderwärmung, Dürre und Überschwemmung – die Nachrichten sind voll mit Debatten rund ums Klima. Wer sich mit diesem Thema im Wedding beschäftigt,



wollen wir auf den Themen-
seiten dieser Ausgabe berich-
ten. Und wir wollen den Blick
auch auf viele Alternativen
wie einen kostenlosen Nah-
verkehr richten, über die bis-
her wenig gesprochen wird.
Dazu gibt es wie immer vie-
le Berichte über Initiativen
und Nachbar*innen, Histori-
sches, Kulturelles und Sport-
liches aus dem Stadtteil.

> Weiterlesen auf S.3

Umdenken und kämpfen - Für einen klima- gerechten Kiez!

Seit einem Jahr dauern die weltwei-
ten Friday-For-Future-Klimastreiks an.
Unser Redakteur sprach mit der FFF-
Bezirksgruppe Berlin-Mitte, im Rah-
men ihres Jahresabschlusstreffens, über
ihre zurückliegenden Aktivitäten und
wie es im Jahr 2020 weitergehen soll.

> Weiterlesen auf S.4

#voranbringen - mit Bayer in den Untergang

Mit über 5000 Beschäftigten ist die
Bayer AG der Großkonzern im Wedding.
Hier sitzt vor allem die Pharmaindustrie.
Doch das Unternehmen ist viel breiter
aufgestellt. Bekannt ist der Chemiekon-
zern ebenfalls für Dünger und Pestizide.
Mit dem Kauf des umstrittenen US-
Düngemittelriesen Monsanto wächst
diese Branche weiter.

> Weiterlesen auf S.6

Über versus Taxi

Eine lange Schlange von Taxis steht
jeden Tag am Bahnhof Gesundbrunnen.
Fahrer stehen in kleinen Grüppchen
beisammen und unterhalten sich. Wer
genau hinsieht bemerkt, dass die Taxa-
meter auf «Pause» stehen, obwohl die
Kollegen und Kolleginnen startbereit
sind. Sind das die Auswirkungen des
neuen US-Konkurrenten Uber?

> Weiterlesen auf S.13

Widerstand im
Wedding '39 - '45 S.7

Auftakt zum
Frauen*kampftag S.10

Streik für einen kosten-
losen Nahverkehr S.14

Umweltzerstörung im peru-
anischen Regenwald S.10

Inhalt Ausgabe #4

TITEL

Aimo Tügel (ver.di aktiv)

3 Nachhaltigkeit für alle

Konzepte zur Demokratisierung des Ernährungssystems

4 Umdenken und kämpfen - Für einen klimagerechten Kiez!

Ein Interview mit der «Fridays For Future» Bezirksgruppe Berlin Mitte

5 Nachrichten

6 #voranbringen

Die Weddinger Bayer Zentrale versucht, ihr Image aufzupolieren

KIEZ GESCHICHTE

7 «Sie hätte auch das Hundertfache fordern können»

Wie eine Weddingerin zwei jüdischen Widerstandskämpfern Unterschlupf gewährte

THEMEN

8 Recht auf Arbeitsvermittlung statt Existenzminimum?

Das Sanktionsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 –

9 Ökologische Wende in der Stadt: Streik für einen kostenlosen Nahverkehr!

Interview mit dem U-Bahn Fahrer

10 Frauenkommune Wedding lädt zum Auftakt des Frauenstreiks ein

KiezLaden – Kommune 65

11 Obdachlos im Wedding

Der rasant wachsenden Zahl an Wohnungslosen stehen nur wenige Notunterkünfte gegenüber

12 COVIVIO-Mieter*innen in Berlin-Mitte organisieren sich!

Gefahr durch neue und noch lukrativere Investitionsmöglichkeiten auf dem Weddinger Wohnungsmarkt

13 Uber vs. Taxi

Großkonzerne drängen auf den Taximarkt und drücken die Löhne

14 «Ich habe gerettet, was zu retten war»

Die Sportliche Vereinigung Astoria 1912 Berlin gilt als ältester Boxverein Deutschlands – eine (schwierige) Spurensuche

bi'bak, schau mal

15 Indigene Völker im peruanischen Regenwald setzen sich zur Wehr

Umweltzerstörung und industrielle Landwirtschaft bedrohen die Lebensgrundlage von 350.000 Indigenen

Auftakt

Klimawandel, Erderwärmung, Dürre und Überschwemmung – die Nachrichten sind voll mit Debatten rund ums Klima. Wer sich mit diesem Thema im Wedding beschäftigt, wollen wir auf den Themenseiten dieser Ausgabe berichten. Und wir wollen den Blick auch auf viele Alternativen wie einen kostenlosen Nahverkehr richten, über die bisher wenig gesprochen wird.

Dazu gibt es wie immer viele Berichte über Initiativen und Nachbar*innen, Historisches, Kulturelles und Sportliches aus dem Stadtteil.

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsallierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in irgendwelchen Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig – genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

V.i.S.D.P.: Elise Hampel, Amsterdamer Str. 10, 13347 Wedding

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. «Zur-Habe-Nahme» ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kontakt

post@plumpe.online
Blog: plumpe.online

Nachhaltigkeit für alle

Konzepte zur Demokratisierung des Ernährungssystems

Plumpe Redaktion

Unser aktuelles Ernährungssystem kann nicht gerade als nachhaltig bezeichnet werden. Im Gegenteil. Massentierhaltung, Monokulturen, Pestizide und Dumpinglöhne sind die Kernelemente einer völlig fehlgeleiteten europäischen Agrarpolitik. Doch seitens der Regierung ist man sich einig: Schuld sind eigentlich die Verbraucher*innen, welche diese ganzen unnachhaltigen Lebensmittel nachfragen. So verkündet Ernährungs- und Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner gegenüber der Presse: «Wer Bio auf den Feldern will, muss Bio kaufen». Theoretisch richtig, praktisch völlig lächerlich. Ein Einkauf bei Denns Biomarkt im Gesundbrunnenbahnhof bestehend aus 1 kg Kartoffeln, 4 Äpfel, 150 g Feldsalat, 1 Liter Hafermilch und 1 Packung Kaffee kostet etwa 12,60 €. Nebenbei bei Kaufland zahlt man für den selben Einkauf, bestehend aus konventionellen Lebensmitteln, 6,70 €. Wer Bio kaufen will, muss sich Bio erst mal leisten können.

Diese Aufgabe liegt bei der Politik, und zwar nicht nur, weil Reichtum ungleich verteilt ist. Es sind die Subventionen von EU, Bund und Ländern, die dafür sorgen, dass konventionelle Lebensmittel so billig sind. Die etablierte Agrarsubventionspolitik ist dafür verantwortlich, dass die Agrarindustrie wächst und kleinbäuerliche Strukturen zerstört werden, inklusive nachhaltiger Landwirtschaft. Zaghaft wird nun versucht, das Ganze etwas grüner zu gestalten. Dabei benötigt es eine grundlegende Transformation, um nachhaltige Lebensmittel für alle verfügbar zu machen.

Ein vielversprechender Ansatz für solch eine Transformation ist das Konzept der Agrarökologie. Agrarökologie ist ein Gegenentwurf zur industriellen Landwirtschaft und stellt das aktuelle System und dessen Machtverhältnisse infrage. Die Bewegung, die daraus entstanden ist, will ein sozial gerechtes und nachhaltiges Ernährungssystem schaffen und ein anderes Verständnis von Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung sowie Vertrieb und Konsum



von Lebensmitteln etablieren. Das Ziel ist es, die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu stärken und die enorme Machtkonzentration der Agrarkonzerne zu zerschlagen. Zentral dabei ist auch die ökologische Perspektive. Der Anbau von Lebensmitteln erfolgt nicht in Monokulturen und unter Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger, sondern biologisch.

Eine andere Lebensmittelversorgung

Doch auch im Bereich der Lebensmittelversorgung ist es wichtig, alternative Strukturen aufzubauen. Aktuell nehmen große Supermärkte eine zentrale Rolle in unserem Ernährungssystem ein und haben eine enorme Marktmacht. In Deutschland teilen sich Edeka, Rewe, Aldi und der Schwarz-Konzern, zu denen Lidl und Kaufland gehören, den Markt auf und fungieren wie eine Art Türsteher für unsere Lebensmittel. Sie bestimmen, was wir essen und sie haben einen großen Einfluss auf die Preispolitik. Um sich als Konsument*innen unabhängiger von den großen Konzernen zu machen und

gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, liefert die Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) das passende Gegenmodell. Bei der SoLaWi wird nicht das einzelne Lebensmittel finanziert, sondern die Landwirtschaft als solche. Mehrere Haushalte tragen die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten: regionale, saisonale, biologische und faire Lebensmittel.

«Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, haben meist nur die Wahl, entweder die Natur oder sich selbst auszubeuten. Ihre Existenz hängt von Subventionen und Markt- bzw. Weltmarktpreisen ab», heißt es auf der Webseite des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft. Mit der SoLaWi werden herkömmliche Märkte durch solidarische Beziehungen ersetzt und man ist als Landwirt*in den ausbeuterischen Verhältnissen nicht länger ausgeliefert. In Europa versorgen mittlerweile 2.800 Betriebe mit dieser nicht-industriellen, marktunabhängigen Form der Landwirtschaft eine halbe Million Menschen mit Nahrungsmitteln.

SoLaWi im Wedding

Auch im Wedding. «Das Tolle an der SoLaWi ist nicht nur, dass man es schafft, einem kapitalistischen Zwang zu entgehen, sondern, dass man generell zusammen arbeitet und einander hilft», erklärt Felix. Felix ist gelernter Koch und Teil einer von mindestens sechs selbstorganisierten SoLaWi-Abnehmer*innengruppen, die im Wedding aktiv sind. Der monatliche Beitrag liegt bei 85€, dafür erhalten die Gruppenmitglieder je nach Saison erntefrische Tomaten, Zucchini, Karotten oder

auch Preiselbeeren, mit denen man jeweils 2 - 2,5 Personen versorgen kann. Was angebaut wird und wie hoch der zu zahlende Beitrag ist, unterscheidet sich von Gruppe zu Gruppe und wird basisdemokratisch mit den Erzeuger*innen festgelegt.

«Mal abgesehen von dem tollen Obst und Gemüse, das man bekommt, ist es auch einfach eine großartige Vernetzungsmöglichkeit innerhalb des Kiezes. Ich hab dadurch Leute kennengelernt, mit denen ich sonst wahrscheinlich nie in Kontakt gekommen wäre», so Felix weiter. Werden Ab-

holstationen zudem noch an politischen Orten wie dem Kiezhause Agnes Reinhold platziert, können sich ganz neue Synergien ergeben. «Durch den monatlichen Preis der SoLaWi ist es natürlich immer noch nicht komplett inklusiv. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, subventionierte Portionen für Menschen bereit zu stellen, die sich das sonst nicht leisten könnten», merkt Felix an. Schließlich sei es wichtig, dass es nicht nur zwischen Abnehmer*innen und Erzeuger*innen solidarisch zugeht, sondern auch unter den Verbraucher*innen. ☆



Umdenken und kämpfen - Für einen klimagerechten Kiez!

Ein Interview mit der «Fridays For Future» Bezirksgruppe Berlin Mitte

Plumpe Redaktion

Seit einem Jahr dauern die weltweiten Friday-For-Future-Klimastreiks an. Unser Redakteur sprach mit der FFF-Bezirksgruppe Berlin-Mitte, im Rahmen ihres Jahresabschlusstreffens, über ihre zurückliegenden Aktivitäten und wie es im Jahr 2020 weitergehen soll.

Wann habt ihr euch als FFF-Mitte gegründet und wie seid ihr zusammengekommen?

Wir haben uns auf einem offenen Klimastreik-Treffen am 20. August 2019 in der Gelben Villa in Kreuzberg kennengelernt, um zu zehnt unsere Bezirksgruppe zu gründen und den ersten Bezirksstreik in Berlin-Mitte zu organisieren; jene Demo fand dann am 13. September 2019 am Leopoldplatz auf den Wedding statt.

Was bedeuten euch die letzten beiden großen Klimastreiks und

«Unsere Bezirksarbeit hat eine begrenzte Wirkung, weil das Thema Klimagerechtigkeit eine globale zu lösende Angelegenheit samt eines globalen Umdenkens ist.»

Welche Rolle habt ihr darin eingenommen?

Übergeordnet betrachten wir den Klimastreik als einen großen gesamtgesellschaftlichen Erfolg bei der Priorisierung des Themas der Klimagerechtigkeit, aber auch die öffentliche Bankrotterklärung der herrschenden Politik durch ihre Nicht-Reaktion auf unsere Forderungen.

Auf der Gruppen-Ebene betrachtet, bedeutet jeder wöchentlich-organisierte Klimastreik viel Arbeit, Anspannung, Geduld, Chaos und Professionalisierung - aber auch den realen Widerspruch zur passiven und langsamen Politik zu bemerken, dass unsere Arbeit viel Anerkennung in der Gesellschaft widerfährt; dass Menschen es wertschätzen, dass Kinder, Jugendliche und junge Menschen wichtige Streiks organisieren und auch Erwachsene dazu bringen, tatsächlich an einem gewöhnlichen Werktag ihre Arbeit niederzulegen, um mitzustreiken. Zudem war die riesige gemeinschaftliche Mobilisierung für den großen Streik am 20. September 2019 eine sehr interessante Erfahrung für uns als neue Gruppe, die mit Sprühkreide und Plakaten die lokale Nachbarschaft und mit direkten Schulbesuchen viele Schüler*innen aus unterschiedlichen sozialen Schichten kennenlernen und mobilisieren konnte. Es war auch eine spannende Erfahrung die Normalität durchzubrechen und die Müllerstraße, sei es für 5 Minuten, in eine verkehrsberuhigte Straße zu verwandeln.

Jenseits der Systemfrage, habt ihr Vorschläge für (kleine) konkrete politische Maßnahmen der Klimagerechtigkeit im Kiez?

Unsere Bezirksarbeit hat eine begrenzte Wirkung, weil das Thema Klimagerechtigkeit eine globale zu lösende Angele-

genheit samt eines globalen Umdenkens ist. Auf der anderen Seite haben wir durch unsere Streik-Organisation viele unterschiedliche Versuche des nachhaltigen Lebens im Kiez (z.B. Solidarische Landwirtschaft im Kiezhaus und Himmelbeet am Leo) kennengelernt, die parallel zueinander, jedoch ohne ein Netzwerk zum Erfahrungsaustausch existieren, das wir gerne zusammen aufbauen möchten.

Was sind eure Erwartungen an die Klimabewegung im Jahr 2020?

Im nächsten Jahr werden wir versuchen bereitere Bündnisse zu schließen, um auf andere Bewegungen einzugehen und eine komplexere Organisation zu ermöglichen; zudem gilt es, direkter auf die Nicht-Reaktion der Politik einzugehen und sie umso mehr für unsere Argumentationen zu verwenden. Ein weiterer Punkt wäre die Basisarbeit im Kiez bezüglich der Klimagerechtigkeit mit Menschen, die wir bisher nicht erreichen konnten und wie sie auf die nächsten Wahlen reagieren, wenn unsere Forderungen weiterhin in den Wahlprogrammen ungenügend verankert werden. Auch konkrete Themen wie ein weitreichender und günstigerer ÖPNV, eine nachhaltige lokale Verkehrspolitik sowie die Verhinderung der Verdrängungen nachhaltiger Projekte wie Himmelbeet stehen ebenfalls auf unserer To-Do-Liste. Außerdem wollen wir weiterhin kreativ bleiben und für einige Überraschungen sorgen. ★

FFF-Mitte trifft sich am Montag im Zwei-Wochen-Takt - alle sind willkommen. Genauere Kontaktdaten findet ihr unter: www.fridaysforfuture.berlin/bezirksgruppen

Nachrichten

Bezirk soll Wohnung beschlagnahmen

Die drohende Zwangsräumung des Nachbarn Daniel Z. in der Transvaalstraße wurde durch eine solidarische Intervention in der BVV-Mitte im November 2019 zum Thema. Ein Antrag zur vorübergehende Übernahme der Wohnung durch den Bezirk wurde mehrheitlich angenommen. Wurde aber bisher durch Baustadtrat Gothe (SPD) blockiert.

Razzien in Shishabars und Cafés

Begleitet durch die teils rassistische Debatte über «Clankriminalität» begann die Polizei und der Zoll nun auch im Wedding mit Razzien bei Barbetreibern. Trotz schwerer Bewaffnung der Einsatzkräfte konnten nur Ordnungswidrigkeiten (Schlechte Luft, unverzollter Tabak) festgestellt werden.

25.11. Tag gegen Gewalt gegen Frauen

Am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen erinnerten Aktivist*innen durch Spruchbänder mit verschiedenen Parolen daran, dass in Deutschland nach offiziellen Angaben immernoch jährlich mehr als 100 Frauen von Männern ermordet werden.

Neue Kiezzeitung in Friedrichshain

Nach langer Vorbereitungszeit erscheint im Januar das erste Friedrichshainer Kiezecho als 24-seitiges Magazin. Die Zeitung soll alle 3 Monate erscheinen und wird von der Kiezkommune Friedrichshain herausgegeben. www.bit.ly/369z07v

Zählung von Obdach- und Wohnungslosen Menschen

Ende Januar 2020 ließ die Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Wohnungs- und Obdachlose stadtweit zählen. Kritik an der sog. «Nacht der Solidarität» kommt von Betroffenen, die wollen keine Zählmasse, kein statistischer Wert sein. Eine Selbstvertretung wohnungsloser Menschen organisierte gleichzeitig eine Protestmahnwache vor dem Roten Rathaus.

Von: ANA

Mit über 5000 Beschäftigten ist die Bayer AG die größte Arbeitgeberin im Wedding. Der Standort hat vor allem die Pharmaindustrie im Fokus. So soll hier beispielsweise für rund 100 Millionen Euro ein High-techzentrum entstehen, indem eine keimfreie Produktionsanlage gebaut werden soll. Mit Hilfe von Robotern sollen dort flüssige Arzneistoffe hergestellt, verpackt und exportiert werden. Damit wäre sie die erste sterile Abfüllanlage von Medikamenten weltweit.

Doch Bayer als Gesamtunternehmen hat nicht nur den Schwerpunkt in der Pharmaindustrie. Bekannt ist der Chemie- und Pharmakonzern ebenfalls für Forschung und Produktion in den Bereichen Agrar- und Landwirtschaft.

Milliarden-Deal mit umstrittenen Pflanzenschutzriesen

2018 kam es zu einem historischen Deal: Bayer kaufte den umstrittenen Saatgutriesen Monsanto. Für rund 54 Milliarden Euro wurde Bayer damit zum größten Saatgut und Pflanzenschutzmittelhersteller weltweit. Monsanto war zuvor bereits stark in die Kritik geraten, da dort das von vielen Wissenschaftler_innen als krebserregend geltende Glyphosat im Pflanzenschutzmittel vertrieben wurde. Außerdem tauchen immer wieder Berichte auf, nach denen Monsanto Kleinbäuer_innen weltweit für die eigene Gewinnmaximierung ausbeutet, ihre Lebensgrundlage zerstört, Monokulturen durch die eigenen Produkte fördert, gentechnisch verändertes Saatgut vertreibt und damit insgesamt dem Klimaschutz und einer sozialeren und gerechteren Gesellschaft entgegenwirkt.

Daher versucht Bayer den Namen Monsanto loszuwerden. Dementsprechend wundert es auch kaum, dass nicht nur im Wedding Bayer nun eine ausgedehnte Kampagne mit Klimabe-



zug durchführt: «Meine Nichte und ich engagieren uns beide für den Klimaschutz. Sie geht demonstrieren und ich gehe zu Bayer», so der Ausspruch auf einem Plakat neben der Nachhaltigkeitsexpertin Bärbel. Unter dem Hashtag #voranbringen veröffentlicht Bayer auch kurze Clips die mit Einzelpersonen werben, wie nachhaltig und ökologisch der Konzern angeblich sei. Auf der Bayer-Homepage zeigen sie ihre «#voranbringen-Geschichten»: Lebensmittelrettung - #voranbringen, Klimaschutz - #voranbringen, Gesellschaft - #voranbringen und Herzgesundheit - #voranbringen sollen Bayer offensichtlich zu einem neuen Image verhelfen.

Weiteres Wachstum geplant

Und tatsächlich will Bayer Milliarden in die Forschung und Entwicklung seiner Agrarsparte investieren. In den kommenden 10 Jahren soll sich die Summe sogar auf über 25 Milliarden Euro belaufen.

Geworben wird damit, dass durch digitale Landwirtschaft und sogenanntes

smart farming ein großer Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden könne. Unter der Rubrik Lebensmittelrettung versteht Bayer die Weiterentwicklung von Pflanzenschutzmitteln, damit der Großteil von Lebensmittelprodukten auch bei Endverbraucher_innen ankommen. Zudem will Bayer bis 2030 klimaneutral produzieren. Dieses Ziel erscheint in Anbetracht der Zahlen seit dem Monsanto-Kauf sehr ambitioniert. Seitdem hat sich die Umweltbilanz des Konzerns um etwa 50% verschlechtert.

«Die Menschen werden immer mehr, älter und wohlhabender. Das geht einher mit einem schnelleren Verbrauch von natürlichen Ressourcen. Der menschengemachte Klimawandel, der Verlust an Artenvielfalt und die globale Ungleichheit sind eindringliche Signale zu handeln.», schreibt Vorstandsvorsitzender von Bayer Werner Baumann in einem Gastkommentar im Handelsblatt. Kaum zu glauben, wenn ein Jahr zuvor aus Gründen von Marktmonopolisierung und Gewinnmaximierung Monsanto geschluckt wurde. Schon vor dem Milliarden-Deal warnte der Naturschutzbund Deutschland NABU davor, dass Monsanto's Geschäftspraktiken überholt und gescheitert seien. Doch die Führung des Bayerkonzernes entschied sich selbstverständlich für den materiellen Gewinn und kaufte Monsanto auf. Dass sich der weltweit größte Produzent von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln auf einmal ernsthaft für den Umweltschutz interessiert, erscheint damit wenig glaubwürdig. ☆

#voranbringen

Die Weddinger Bayer Zentrale versucht, ihr Image aufzupolieren

«Sie hätte auch das Hundertfache fordern können»

Wie eine Weddingerin zwei jüdischen Widerstandskämpfern Unterschlupf gewährte

Von: Groni50 e.V.

Von 1944 bis 1945 versteckten sich Mitglieder der jüdischen Widerstandsgruppe «Chug Chaluzi» im Hinterhaus der Groninger Straße 50 vor den Deutschen. Die heutigen Bewohner*innen wollen an sie und ihren Widerstand erinnern.

«Er sprach von seiner Sekretärin Elly Peipe, die bereit war, ihre Wohnung zur Verfügung zu stellen, auch als Versteck für Illegale», schreibt Gad Beck in seinen Erinnerungen. Gad Beck wurde 1923 als Sohn einer christlich-jüdischen Familie in Berlin geboren und war von 1943 bis 1945 in der jüdischen Jugendwiderstandsbewegung «Chug Chaluzi». Vom Herbst 1944 bis März 1945 versteckte er sich in der Wohnung von der Verkäuferin Elly Peipe in der Utrechter Straße 50 (heute: Groninger Str. 50), im Erdgeschoss des Hinterhauses.

Die «Fabrikaktion»

Am 27. Februar 1943 sollten alle Jüdinnen und Juden Berlins, die bisher von den Deportationen verschont geblieben waren, verhaftet werden, die «Fabrikaktion». Einige arbeiteten noch in der Rüstungsindustrie. Ohne Vorwarnung riegelten die Gestapo und die SS Betriebe ab und verhafteten alle Jüdinnen und Juden, die sie kriegen konnten. Die meisten von ihnen wurden Anfang März in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Nur wenige konnten untertauchen oder lebten schon im Untergrund. So die Mitglieder der jüdischen Pfadfindergruppe. «Ewo und ich hatten die Kinder schon vor meinem Untertauchen auf diese ‚Stunde X‘ vorbereitet, auf den Augenblick, in dem es keinen Ausweg mehr gab», beschreibt es Jichzak Schwersenz, Lehrer der Gruppe. «Ewo» ist der Spitzname von Edith Wolff, die ebenso in der Gruppe war, 1943 aber verhaftet wurde. Sie überlebte zwölf Haftstationen, unter anderem das Konzentrationslager Ravensbrück und wanderte später nach Israel aus.

Damit die Nazis sie nicht kriegen,



Gad Beck

gingen die Chawerim, die Genossen, in den Untergrund. Dazu mussten sie Geld haben, falsche Pässe, Lebensmittel. Und vor allem brauchten sie Wohnungen. Eine solche Wohnung war die von Elly Peipe. Sie überließ Gad Beck und seinem Genossen Zvi Aviram (Heinz Abrahamsohn) ihre Wohnung zum selben Mietpreis. «Sie hätte auch das Hundertfache fordern können», schreibt Gad. «Wie oft traf ich dagegen Leute, die mit unserer Not ihren Reibach machten.» Nicht so Elly Peipe. Sie brachte den Versteckten sogar noch Kohlen und Konserven vorbei, besuchte sie täglich, damit die Nachbar*innen keinen Verdacht schöpften.

Fluchthilfe und Verhaftung

Die Wohnung war in unmittelbarer Nähe zum jüdischen Krankenhaus, das als Gestapo-Sammellager missbraucht wurde. Gad Beck und Zvi Aviram nutzten die günstige Lage und halfen Menschen, zu fliehen. «Es lebten in den zwei Räumen (Küche und Zimmer) in der Utrechterstr. nach einer geglückten Fluktuation aus der Iranischen Strasse, zeitweilig mit mir und Heinz Abrahamsohn noch etwa 8–10 Kameraden», schreibt Gad in

einem Brief an das Entschädigungsamt Berlin 1963. Noch im März 1945 wurden Elly Peipe und Paul Dreyer, ihr Chef, der den Kontakt zur Gruppe hergestellt hatte, denunziert. Elly Peipe und Paul Dreyer wurden wegen «Judenbegünstigung» ins Zuchthaus gesperrt. Gad Beck und Zvi Aviram wurden von der Gestapo verhaftet.

Erinnerung und Respekt

Wir, die Bewohner*innen des Hausprojektes Groni50, in dem die frühere Wohnung Elly Peipes ist, wollen an ihren Mut und ihre Selbstlosigkeit erinnern. In Zeiten, wo sich jüdische Menschen in Berlin vor den Nazis, vor Mord, Folter und Deportation verstecken mussten, hat sie ihnen ein Obdach geboten. Viel zu wenige haben ähnliches getan. Unser tiefster Respekt gilt auch den Mitgliedern von «Chug Chaluzi», die sich während der brutalen Verfolgung durch die antisemitische Vernichtungspolitik widerständig organisierten und sich gemeinsam vor den Deutschen retten konnten. Gad Beck und Zvi Aviram überlebten die Gestapo-Haft. Elly Peipe und Paul Dreyer wurden kurz vor der Befreiung 1945 aus dem Zuchthaus entlassen. Zvi Aviram lebt noch heute in Israel. ☆

Recht auf Arbeitsvermittlung statt Existenzminimum?

Das sanktionsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 – Ein Kommentar

BASTA! Erwerbsloseninitiative

Die Geeignetheit einer Sanktion muss sich an der Erreichbarkeit des Ziels der Durchsetzung der zumutbaren Mitwirkung des Betroffenen messen lassen und mittelbar auch an dem Ziel, den Betroffenen in den Arbeitsmarkt einzugliedern.»

Die Sanktion muss geeignet sein, Mitwirkung durchzusetzen, und außerdem auch in den Arbeitsmarkt zu bringen! 8,5% derer, die Leistungen vom Jobcenter bezogen, wurden im Verlauf von 2018 sanktioniert.

Vorausgegangen war: Ein Über-25-Jähriger mit Leistungen vom Jobcenter Erfurt hatte 2014 einen Job als Lagerarbeiter verschmäht, weil er lieber als Verkäufer arbeiten wollte; für diese Verfehlung wurde seine Regelleistung um 30% reduziert. Im gleichen Jahr ließ er einen «Aktivierungsgutschein» für die Erprobung (also wohl ohne Lohn) in einem Betrieb verfallen – auferlegt in einem Eingliederungsverwaltungsakt; das galt als wiederholte Verfehlung und führte zu einer Sanktion um 60%. Widersprüche hatten keinen Erfolg. Bei seiner Klage wertete das Sozialgericht Gotha 2015 die Sanktionsbescheide als rechtmäßig, wenn denn die zugrunde liegenden Regelungen im Gesetz verfassungskonform seien. Also stellte es das Gesetz selber vor das (Verfassungs) Gericht!

Das Sozialgericht zweifelte an der Verfassungsmäßigkeit der betreffenden Sanktionen, weil sie 1. das menschenwürdige Existenzminimum einschränken, entgegen Art. 1 Grundgesetz 2. die körperliche Unversehrtheit gefährden – entgegen Art. 2.2 GG; und 3. die Berufsfreiheit einschränken – entgegen Art. 12 GG.

Klage vor dem Verfassungsgericht

Endlich, im Januar 2019, ging das Verfassungsgericht die Klage an, hörte die Gegenseite (Bundesregierung) und zahlreiche fachliche Stellungnahmen

von Verbänden. Den Vorsitz führte Stephan Harbarth, bisher Konzernanwalt, Einkommensmillionär und gewichtiger CDU-Politiker. Nun, am 5. November 2019, nach 15 Jahren Sanktionsregime, bestätigte das Verf.Gericht die Einheit des «unverfügbaren» soziokulturellen Existenzminimums nach Art. 1 GG. Es bemerkt Rechtfertigungsbedarf, wenn die Handlungsfreiheit nach Art. 2.1 GG durch Mitwirkungspflichten eingeschränkt wird, äußert sich aber nicht zur körperlichen Unversehrtheit nach Art. 2.2 GG. Es sieht den Berufsschutz hier einschränkbar gemäß Zumutbarkeit (§ 10 SozialGesetzBuch II) (anders als in der Arbeitslosenversicherung), solange es keine Zwangsarbeit ist. Auch muss die Zumutbarkeit den Schutz der Familie berücksichtigen – Art. 6 GG. Aufgrund des vorgelegten Falles werden weder die Meldesanktionen noch die massiven Sanktionen gegen Unter-25-Jährige behandelt.

Kürzungen verfassungs- verträglich

Trotz alledem sieht das Gericht doch einstimmig Kürzungen durch Sanktionen als verfassungsverträglich an, um Mitwirkungspflichten durchzusetzen. Der Anspruch auf ein bedingungsloses Existenzminimum wandelt sich in einen Anspruch auf Arbeitsvermittlung. Die sanktionsbewehrten Pflichten aus der Eingliederungsvereinbarung, zur

Arbeitsaufnahme und zu diversen Maßnahmen müssten aber geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein, um die (angeblich) erwünschten Wirkungen zu erreichen. Eine Sanktion von 30% erfülle diesen Zweck, wenn sie keine starre Dauer habe, sondern (begnadigend) abgebrochen werden könne, sobald der Sanktionierte sich unterwirft – das Verfassungsgericht hält Kürzungen des Existenzminimums zur Durchsetzung der Pflichten in gewisser Höhe für also geeignet, erforderlich und verhältnismäßig – und abschreckend.

Nun hat das Verfassungsgericht angeordnet, Sanktionen von 30% zunächst nicht mehr zu überschreiten, und die Bundesagentur für Arbeit hat inzwischen Anweisungen erteilt, Sanktionen auch nicht über 30% hinaus zu addieren, sowie auch die bisher schärferen Sanktionen für Unter-25-Jährigen anzupassen, die im Urteil nicht berücksichtigt wurden. Mancherorts verzichten die Jobcenter aus Unsicherheit gegenwärtig auf die Verhängung neuer Sanktionen, noch laufende Sanktionen sind auf 30% zu beschränken. Sind Sanktionsbescheide noch nicht bestandskräftig, sondern angreifbar durch Widerspruch, wirken die neuen Regeln. Formfehler erweitern diese Möglichkeit. Die Einführung des Ermessensspielraums eröffnet erhebliche (formale) Lücken, da das Jobcenter-Personal in der Ermessensbegründung oft Fehler macht. ☆

Die Einführung des Ermessensspielraums eröffnet erhebliche (formale) Lücken, da das Jobcenter-Personal in der Ermessensbegründung oft Fehler macht

Ökologische Wende in der Stadt: Streik für einen kostenlosen Nahverkehr!

Interview mit dem U-Bahn Fahrer Aimo Tügel (ver.di aktiv)

Plumpe Redaktion

Stell dich doch erstmal vor: Wer bist du? Wo arbeitest du? Und bist du in einer Gewerkschaft?

Hallo, mein Name ist Aimo Tügel und ich bin Zugfahrer bei der U-Bahn. Ich bin bei ver.di organisiert. Innerhalb von ver.di bin ich noch in der Basisgewerkschaftsgruppe «ver.di aktiv» dabei, die sich für einen offensiven und konsequenten Kurs für die Interessen aller Arbeiter*innen einsetzt. Ich arbeite außerdem bei der linken Website klasse-gegenklasse.org mit.

Im Frühjahr 2019 wurde bei der BVG gestreikt. Einen Tag lang fuhr gar nichts und zwei Tage mussten wir auf die Busse verzichten. Wie war das für dich und deine Kolleg*innen die Arbeit niederzulegen?

Streik ist geil! Anstrengend natürlich, aber es ist eine Erfahrung der Ermächtigung gegenüber den Bossen. Wichtig ist: Streiks sind das zentrale Kampfmittel für uns Arbeiter*innen. Letztes Jahr ging es um die Tarifrunde/n für Arbeitsbedingungen und Lohn. Der gesamte Nahverkehr - auch die BVG - wird seit den 90er Jahren kaputtgespart. Es wurde nicht nur massiv Personal abgebaut und andere Schweinereien wie Outsourcing im großen Stil durchgesetzt, sondern auch Löhne gekürzt. Da die Mismanager*innen in Diensten des rot-rot-grünen Senats, trotz Verhandlungen, nicht zu nennenswerten Zugeständnissen bereit waren, mussten wir streiken. Die Löhne wurden dann vor allem im Fahrdienst stark erhöht, so dass wir jetzt bei der Rente endlich über das Grundsicherungsniveau kommen.

Wäre damals auch mehr drin gewesen? Zwei Tage streiken ist jetzt auch nicht so lange - in Frankreich tun sie das ja eher wochenweise.

Ja, da war ganz sicher mehr drin. Und eigentlich war die Hauptforderung ja

auch die Angleichung der Arbeitszeit für Alle auf 36,5 Stunden. Das wurde von unseren Verhandlungsführer*innen allerdings leider sofort fallengelassen, als die Bosse «Nein» sagten. Als «ver.di aktiv»-Gruppe haben wir die Geheimverhandlungen und das Fehlen eines Mitgliederentscheids ja auch kritisiert. Statt im stillen Kämmerlein zu verhandeln, hätten wir die Stadt lahmlegen und zu zehntausenden vor's Rote Rathaus ziehen sollen. Wir Berliner*innen brauchen einen funktionierenden, staatlich ausfinanzierten Nahverkehr!

Ab 2020 werden die Fahrpreise erhöht, der Fahrschein AB wird 10 Cent teurer und die Tageskarte sogar 1,60 Euro. Zahlen die Fahrgäste jetzt eure Gehaltserhöhung?

Ich finde, die Fahrpreiserhöhung ist eine unerhörte Schweinerei. Nee, ich bin überzeugt: Öffentlicher Nahverkehr und die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, sollte kostenlos nutzbar und staatlich ausfinanziert sein. Wenn wir als Beschäftigte klar machen, dass wir - und nur wir - zugleich die Interessen der Fahrgäste vertreten, können wir uns gegen die Politik durchsetzen. Die sitzen nämlich in ihrem Dienstwagen mit Fahrer*in und entscheiden über die Fragen, wegen der wir Fahrgäste und Beschäftigte uns dann in überfüllten Fahrzeugen gegenseitig an

die Gurgel gehen.

Fast jeden Freitag gehen tausende Menschen auf die Straße, alle reden vom Klimawandel und dass wir z.B. weniger Auto fahren sollen. Widerspricht das nicht einer Fahrserhöhung?

Ja, der Nahverkehr muss massiv ausgebaut werden. Das Problem mit der liberalen Klimapolitik ist, dass sie erstens die Klimakatastrophe nicht abwendet und zweitens für diese Pseudo-Klimaretting uns zur Kasse bittet, nicht die Reichen - Stichwort CO2-Steuer. Wir als «Workers For Future» lehnen die marktwirtschaftliche Scheiße der Grünen ab. Die AfD-Klimaleugn*innen und Faschist*innen sind gefährlich und werden uns mit der Knute zur Kasse bitten - die grünen «Klimaretter» aber werden uns jetzt «demokratisch» abkassieren. Es kann keine «grüne» Marktwirtschaft geben.

Eine ökologische Wende und eine lebenswertere Stadt funktionieren nur mit einem starken, günstigen und sicheren ÖPNV. Wie wäre der Verkehr denn am besten organisiert?

Die geplante S-Bahn-Zerschlagung durch rot-rot-grün zeigt, dass es weiter in den marktwirtschaftlichen Abgrund geht. Ein Nahverkehr, den wir als «ver.di aktiv»-Gruppe fordern, wäre einer, der BVG mit S-Bahn, Taxen und Sharing-Angeboten in einem Rahmen vereint, der voll öffentlich finanziert ist und von den Beschäftigten demokratisch selbst geleitet wird. Wir brauchen diese überbezahlten Mismanager*innen überhaupt nicht. Vieles könnten wir als Beschäftigte so viel einfacher und besser organisieren. ☆

Berlinweit kämpfen Belegschaften und solidarisieren sich untereinander



Frauenkommune Wedding lädt zum Auftakt des Frauenstreiks ein

Seit einem Jahr organisieren sich Frauen im Wedding – nicht nur am 8. März

Wie lange gibt es euch als Struktur schon?

Wir haben zum Frauenkampftag am 8. März 2019 angefangen, ein paar kleinere Aktionen zu organisieren. Wir haben zum Beispiel Straßen im Wedding symbolisch umbenannt und ein Streikcafé an dem Tag mitorganisiert. Danach haben wir aber festgestellt, dass es uns nicht reicht, nur einmal im Jahr aktiv zu werden, wir wollten uns langfristig organisieren.

Verfolgt ihr dabei eine bestimmte Strategie?

Als Kreis, der aus der Kiezkommune Wedding entstanden ist, orientieren wir uns natürlich an dem «Konzept Kiezkommune». Daraus leitet sich auch unser Name ab – und nicht von der Kommune 1 oder ähnlichen Projekten, wie man vielleicht denken könnte.

Was bedeutet denn die Orientierung am «Konzept Kiezkommune» konkret?

Für uns ist es zentral, nicht als isolierter Kreis zu existieren, sondern mit möglichst vielen Menschen in Kontakt zu kommen, um gemeinsam Aktionen zu planen. Teil dessen ist auch ein monatliches offenes Frauencafé, welches im neuen Nachbarschaftsladen «Kommune65» stattfinden wird. Dort gibt es Raum und Zeit sich kennenzulernen, zu diskutieren oder auch Zukünftiges zu planen.

Wie bezieht ihr euch auf den Frauenstreik?

Wir werden natürlich auch dieses Jahr wieder zum Frauenkampftag, beziehungsweise Frauenstreik arbeiten. Dafür werden wir unser Frauencafé am 15.02. nutzen, um über den Frauenstreik zu informieren und gemeinsame Aktio-

nen zu planen. Das ist zwar nicht unser einziges Thema, aber trotzdem ist der 8. März ein Tag, an dem feministische und klassenkämpferische Positionen zusammengeführt und auf die Straße getragen werden können.

Was habt ihr denn sonst noch so gemacht, wenn der Frauenstreik nicht euer einziger Fokus ist?

Wir haben einige offene Cafés veranstaltet, wo wir diskutiert haben, uns auf Demos oder Aktionen vorbereitet oder auch gebastelt haben. Wir haben uns außerdem an den Protesten gegen den «Marsch für das Leben» beteiligt. Im Nachgang haben wir einen Flohmarkt unterstützt, um Genoss*innen mit Strafbefehlen zu helfen. Mit einigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie Straßenumbenennungen oder auch einer Plakataktion haben wir versucht, feministische Kämpfe im Kiez sichtbar zu machen. Außerdem haben wir auch Arbeit in unsere Struktur gesteckt, damit aus dem anfangs eher losen Zusammenschluss eine organisierte Gruppe werden konnte.

Offenes Café: Jeden dritten Samstag im Monat im Kiezladen Kommune65

KiezLaden – Kommune 65

Ein weiterer Treffpunkt der Nachbarschaft entsteht an der Pankstraße

Im Wedding haben Initiativen und Einzelpersonen einen neuen Nachbarschaftsladen in der Buttmanstraße 1a aufgebaut: die «Kommune 65». Wir haben uns mit Aktivist*innen der Kiezkommune Wedding getroffen und mit ihnen über ihre Pläne zum neuen Kiezladen gesprochen.

Wie ist euer Plan mit den Räumlichkeiten nach der Eröffnung?

Der Laden wird künftig jeden Sonntag von 12-20 Uhr geöffnet sein. In dieser Zeit können Infoveranstaltungen, Workshops oder Kulturabende stattfinden; wir werden sicherlich auch mal Kochen oder einen Film zeigen, und natürlich kann jede*r auf einen Kaffee vorbeikommen. Dazu wird es einmal pro Monat ein Frauencafé, organisiert von der Frauenkommune Wedding, geben. Wir sind sehr an der Zusammenarbeit mit anderen politischen Initiativen in-

teressiert und stellen den Raum gern für weitere Aktivitäten zur Verfügung.

Warum braucht es einen Kiezladen, so wie ihr ihn plant?

Der Wedding ist ein Bezirk, in dem Verdrängung, Rassismus, Vereinzelung, Armut und teilweise auch Perspektivlosigkeit bei vielen Bewohner*innen direkt oder indirekt zum Alltag gehören. Als wir vor zwei Jahren begannen hier im Kiez aktiv zu werden, um die Probleme gemeinsam mit den Bewohner*innen zu lösen, haben wir schnell gemerkt, wie wichtig eine feste, unkommerzielle Anlaufstelle ist, zu der Leute kommen können. Darüber hinaus können hier Initiativen, Arbeiter*innen und Einwohner*innen ihre Vereinzelung aufbrechen und ihre individuellen Schwierigkeiten im Austausch mit anderen angehen. – Das erachten wir als grundlegend für eine starke Organisation im Kiez.

Habt ihr Wünsche oder Erwartungen an die Nachbarschaft?

Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Nachbar*innen vorbeikommen und wir uns kennenlernen. Wir hoffen, dass auch einige die Möglichkeiten, die der Laden bietet, erkennen und sich selbst daran beteiligen: eigene Ideen einbringen, mit uns zusammen arbeiten oder uns einfach nur unterstützen.

Und was sind eure Pläne für die weitere Zukunft?

Mit einem Kiezladen allein lässt sich noch kein Kiez organisieren. Es sollte möglichst viele solcher Orte geben, weil es nicht nur im Umkreis der Buttmanstraße Probleme gibt, sondern überall und wir denken, dass diese Läden ein erster Schritt sind, sie zu lösen.

www.kiezkommune.org

Die erste Nacht der Solidarität soll am 29.01.2020 in Berlin stattfinden. Dann soll Berlin das erste mal erfahren wie viele obdachlose Menschen in Berlin nicht nur schätzungsweise leben. In der Nacht der Solidarität sollen sie gezählt werden. Freiwillige werden weiterhin für die Aktion gesucht.

Bei der Zählung sollen auch die Menschen erfasst werden, die sich in Wohnungsloseneinrichtungen in der Nacht aufhalten. Die Zählung verspricht ein besseres Angebot für die Menschen ohne Wohnung schaffen zu können. Ob die Zahlen tatsächliche Konsequenzen für die Menschen haben werden, wird sich dann zeigen. Doch der derzeitige Fokus der Berliner Öffentlichkeit auf Wohnungslosigkeit zeigt sich auch hier, da das Projekt vor allem ein aus der Gesellschaft entwickeltes ist. ↓

man es bei einer Stadt wie Berlin erwarten würde. Bei der Notübernachtung Evas Haltestelle z.B. finden täglich bis zu 20 Frauen einen Platz zum schlafen. Bis zu 25 Männer können hingegen in der Notübernachtung Residenzstr. von November bis März nächtlich einen Schlafplatz finden. Auch die neuen Räume der Berliner Obdachlosenhilfe in der Lynarstr. bieten Dienstags und Freitags ein Nachtcafé an, in dem sich bis zu 15 Personen gleichzeitig aufhalten können. Donnerstags bietet das Nachtcafé Unter Druck obdachlosen Menschen einen Aufenthaltsort. Evas Haltestelle und Unter Druck bieten zusätzlich noch Tagesstätten an. Suppenküchen hingegen lassen sich im Wedding leider nicht finden, dafür hat die Berliner Obdachlosenhilfe eine mobile Essensausgabe und verteilt warmes Essen, Getränke und ↓

gebote in der ganzen Stadt Berlin findet sich im aktuellen Wegweiser 2019/20 der Berliner Kältehilfe.

Dennoch sind es nicht übermäßig viele Schlafplätze, die angeboten werden können. Was machen also Obdachlose, die sich nicht in einer der Notunterkünfte aufhalten im Winter?

Sie schlafen in U-Bahnhöfen, in Parks, unter Brücken, in Hauseingängen usw. oder sie schlafen tagsüber, weil es nachts schlichtweg zu gefährlich ist. Wenn es nicht nur kalt, sondern auch noch nass wird, bringt auch der beste Schlafsack nichts mehr. Trotz Notunterkünften schlafen einige Menschen weiter auf der Straße. In Notunterkünften ist es zwar warm, aber man teilt sich die Räume mit vielen anderen Menschen, was zu Konflikten führen kann.

Fragt man nach den Gründen der Obdachlosigkeit, wird häufig der Mangel an bezahlbarem Wohnraum genannt. Die Wohnungslosigkeit wächst schneller als die Wohnungskapazitäten. Zwangsräumungen unterstützen den Trend in Berlin zusätzlich. Vielleicht hilft die Zählung der auf der Straße Übernachtenden tatsächlich, um mit zuverlässigen Zahlen, Mutmaßungen entgegenzuwirken. Damit lassen sich Angebote spezialisieren und auch der politische Druck Lösungen zu finden wird erhöht. ☆

Obdachlos im Wedding

Der rasant wachsenden Zahl an Wohnungslosen stehen nur wenige Notunterkünfte gegenüber

Von: ANA

Auch im Wedding gibt es bereits Angebote für wohnungslose und obdachlose Menschen. Jetzt aktuell im Winter können diese Einrichtungen lebensrettend sein. Sinken die Temperaturen, ist das Übernachten auf der Straße lebensbedrohlich.

Im Wedding können betroffene Menschen in Notübernachtung schlafen und sich in Tagesstätten oder Nachtcafés aufhalten. Doch das Angebot ist bei weitem nicht so breit, wie

auch Kleidung direkt auf der Straße. Der Kältebus der Berliner Stadtmission fährt von November bis März durch die Stadt und sucht nach Obdachlosen, die vielleicht nicht mehr in der Lage sind selbstständig Hilfeeinrichtungen aufzusuchen. Auch ein Duschmobil für obdachlose Frauen ist ganzjährig unterwegs. Zudem hat der Bezirk Mitte in der Müllerstraße die soziale Wohnhilfe angegliedert.

Eine gute Übersicht über die An- →

Infos:

Wenn ihr spenden wollt oder mehr Informationen zum Thema Unterkünfte, medizinische Versorgung oder Tagesstätten benötigt, geht auf die Seite www.kaeltehilfe-berlin.de

Bevor alle Stricke reißen ...



Bezirksgruppe Wedding:

2. Donnerstag im Monat 19 Uhr
Wiesenstr. 30

Mietrechtliche Beratung für Mitglieder im Wedding:

Donnerstags von 18-19 Uhr
Wiesenstr. 30

Internet: www.bmgev.de
Telefon: 030 - 21002584

KÜFA
- in der -
GRONI 50



**Vorträge & Infoabende, Kino
& Vinyldebatten. Essen,
Trinken, linke Politik**

**Jeden 3. Montag des
Monats, ab 20:00**

www.groni50.org @groni50 fb.me/groni50

COVIVIO- Mieter*innen in Berlin-Mitte organisieren sich!

Gefahr durch neue und noch lukrativere Investitionsmöglichkeiten auf dem Wedding'schen Wohnungsmarkt

Covivio-Mieter*inneninitiative

Covivio ist Berlins viertgrößter Vermieter und eines der größten Immobilienunternehmen Europas. Leonardo del Vecchio, der größte Anteilseigner der Aktiengesellschaft, ist Italiens zweitreichster Mann und hat mit seinen Ray Ban Brillen viel Geld verdient.

Im letzten Jahr hat Covivio in Neukölln durch eine große Umwandlungswelle Skrupellosigkeit bewiesen. 800 Wohneinheiten sollten in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. «Wir befürchten, dass uns das in Mitte auch passieren kann» sagt eine Mieter*in von der Covivio-Mieter*inneninitiative. Doch nicht nur das. Viele Mieter*innen der Covivio zahlen überhöhte Mieten für Wohnungen, in denen notwendige Reparaturen nicht gemacht werden. Für Wohnungen, in denen es schimmelt, die Heizungen nicht funktionieren und sich Ungeziefer ausbreitet. Andere werden durch Umwandlung in Eigentum verdrängt und sind von Wohnungslosigkeit bedroht. Dem Unternehmen ist jedes Mittel recht um die Profite noch weiter zu erhöhen. In der Covivio Mieter*inneninitiative haben sich Mietaktivist*innen und betroffene Mieter*innen zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für eine soziale Wohnungspolitik stark zu machen.

«Wir bieten den Austausch mit weiteren Betroffenen sowie konkrete Hilfsangebote - und wir denken - Gemeinsam können wir für Alle etwas erreichen» sagt Marc Seilheimer von der Initiative. Berlinweit gibt es viele Beispiele, die

zeigen, wie erfolgreich ein Zusammenschluss von Mieter*innen sein kann.

Die erste Covivio-Mieterversammlung wurde im Oktober 2019 organisiert. Fast 70 Mieter*innen sind gekommen, ein gewaltiger Ansturm. Mehr als 30 Mieter*innen haben über massive Missstände und heftige Auseinandersetzungen mit der Covivio berichtet. Auffällig häufig wurde über falsche Nebenkostenabrechnungen und fragliche Mieterhöhungen berichtet.

Im nächsten Schritt wurde ein offener Brief an die Bezirkspolitik formuliert, in dem die Initiative erläutert, welche Unterstützung sie benötigt. Dieser kann auf der Webseite der Initiative eingesehen werden: covivioberlin.noblogs.org

Die Covivio-Mieter*innen treffen sich regelmäßig jeden zweiten Montag im Monat im Kiezhaus Agnes Reinhold, Afrikanische Straße 74, 13351 Berlin-Wedding von 19.00 bis 21.00 Uhr.

Über die E-Mail Adresse: covivio_mietervernetzung@riseup.net kann Kontakt aufgenommen werden. Wer Interesse hat, regelmäßig Infos zu bekommen, kann sich in den Newsletter eintragen lassen. Die Treffen sind offen. Alle Covivio-Mieter sind herzlich willkommen! ☆

www.covivioberlin.noblogs.org



Uber vs. Taxi

Großkonzerne drängen auf den Taximarkt und drücken die Löhne

Von: Andreas Komrowski

Mitglied der AG Taxi bei ver.di Berlin

Eine lange Schlange von Taxis steht jeden Tag am Bahnhof Gesundbrunnen, um auf Bahnfahrergäste zu warten. Fahrer stehen in kleinen Grüppchen beisammen und unterhalten sich in verschiedenen Sprachen. Wer genau hinsieht bemerkt, dass die Taxameter im Innenraum der Fahrzeuge auf «Pause» stehen, obwohl die Kollegen und Kolleginnen startbereit sind. Gleichzeitig sind bekannte Kiez-Halteplätze wie Bad-/Pankstraße verwaist. Stattdessen drücken sich Toyota-Hybrid-Fahrzeuge an den Ecken herum, von denen einige Werbung des US-Konzerns Uber tragen. Was ist denn da los?

Taxi, das ist die «letzte Meile», der Weg vom Bahnhof oder auch aus der Kneipe nach Hause. Wirklich lange Touren sind selten. Dennoch ist das Taxigewerbe bislang nicht die Ergänzung zum ÖPNV, die es sein könnte. Der Grund liegt in der Zersplitterung seiner Struktur. Das Taxigewerbe besteht aus zahlreichen privaten Kleinbetrieben. Die Bezahlung erfolgt oft nur auf Provisionsbasis, der gesetzliche

Mindestlohn wird umgangen. Das ist illegal. Gleichzeitig ist Taxifahren eine Möglichkeit für Menschen, die keine Berufsausbildung haben oder erst seit kurzem in Deutschland sind, etwas Geld zu Sozialleistungen hinzu zu verdienen. Der Preis dafür ist extreme Ausbeutung. Die Gewerbestruktur und mangelnde Kontrollen der Behörden sorgen dafür, dass eine Spirale nach unten entsteht. An ernsthaftes ökologisches Umsteuern kann unter solchen Bedingungen nicht gedacht werden.

Wir, als weitgehend selbstorganisierte AG Taxi bei der Gewerkschaft ver.di, setzen uns dafür ein, dass Taxi fahren ein Beruf mit auskömmlichen Löhnen - also tariflich abgesichert - für die Beschäftigten und ihre Familien wird. Die Perspektive sehen wir dabei in einer anerkannten Berufsausbildung für FahrerInnen und in einem Aufbau von Taxi-Strukturen in Öffentlicher Hand. Auch in der Bildung von Genossenschaften, die z.B. Inklusionstaxis mit umweltfreundlichem Antrieb bereit stellen können, würden wir einen Fort-

schritt sehen. Wenn die KollegInnen korrekt bezahlt werden. Es geht für uns jedoch in die falsche Richtung, wenn die BVG ein Projekt «Berlkönig» zusammen mit großen Autokonzernen macht, um Sammelfahrten zu organisieren. Dies führte bereits dazu, dass Daimler Benz diktieren konnte, wo diese fahren, nämlich nur in den lukrativen Innenstadtbezirken. Taxi gehört aber zur Daseinsvorsorge für alle, und das ist der Beruf, den wir ausüben wollen. Wir wollen keine Konzernknechte sein!

Der Berliner Senat dagegen setzt auf Konzerne wie Uber und «free now», wo BMW und Daimler Benz dahinter stehen. Mit Mietwagen wird hier taxiähnlicher Verkehr zum Dumpingpreis angeboten. Dies ist verboten, da Mietwagen nach jeder Fahrt zur Firma zurückkehren müssen und nicht auf der Straße auf neue Kundschaft warten dürfen. Sie tun das aber jeden Tag, da es keine wirksamen Kontrollen gibt. Ökologisch gesehen sind Uber und co. unsinnig, weil so zusätzliche PKW auf die Straßen kommen. Deren Fahrgäste wären sonst z.T. Taxi gefahren - vor allem aber Bahn und Bus, wie Untersuchungen aus den USA zeigen, wo Uber den Markt beherrscht.

Unsere Gegner sind jedoch trotz der unmittelbaren Konkurrenz nicht die FahrerInnen der Uber-Wagen. Sie werden oft noch schlechter bezahlt als Taxi-FahrerInnen. Unsere Gegner sind die Konzerne selbst und große, am Rande oder außerhalb der Legalität agierende Firmen im Taxi-, wie im Mietwagengewerbe. Und eine Politik, die «Disruption» durch aggressiven Neoliberalismus aktiv befördert.

Dagegen setzen wir die Entwicklung von Solidarität zwischen Beschäftigten auch über Branchengrenzen hinweg und die Vernetzung mit fortschrittlichen Kräften in Stadtteil und Gesellschaft. Letztendlich kann es nur um die Überwindung der Profitorientierung als Zweck allen Wirtschaftens gehen, um humane Lebensweisen allen möglich zu machen. ☆



«Ich habe gerettet, was zu retten war»

Die Sportliche Vereinigung Astoria 1912 Berlin gilt als ältester Boxverein Deutschlands – eine (schwierige) Spurensuche

Von: Oliver Rast

Der folgende Text wurde uns solidarisch zur Verfügung gestellt von Oliver Rast und der Jungen Welt – aus Platzgründen können wir nur den ersten Teil hier in der Plumpe abdrucken, und möchten alle Leser_innen ermutigen den kompletten Artikel auf unserer Webseite www.plumpe.online nachzulesen! (Die Red.)

Wenn man nicht aufpasst, läuft man dran vorbei. Am Schild mit dem Logo und Schriftzug von Astoria an einer roten Ziegelwand eines gründerzeitlichen Schulbaus. Interessierte müssen seitlich am alten Direktorengebäude entlang, über den großen Pausenhof, sich rechts halten und in den zweiten Hinterhof. Dort, leicht verwinkelt, liegt die denkmalgeschützte Astoria-Halle. Wir sind im Berliner Wedding, Prinzenallee 8.

Der SV Astoria ist ein Stück Sportgeschichte, genauer: Boxsportgeschichte – und hätte als «Urzelle» des deutschen Vereinsboxens ein Kultklub bleiben können. Ja, wenn der Verein vor mehr als zehn Jahren nicht beinahe kaputtgegangen wäre, erzählt Hans-Peter Miesner, Präsident des Berliner Boxverbands, im Gespräch. Ambitionierte Faustkämpfer fehlten, auch engagierte Ehrenamtliche. Und frühere Vorstände hätten tief in die damals gut gefüllte Klubkasse gegriffen.

Boxer, Trainer, Funktionäre – viele sind nicht mehr greifbar, haben sich längst zurückgezogen oder sind vor x-Jahren verstorben. Einer, der ausharrte, ist Remezan Kartal, der Astoria-Präsident. Beschwerlich sind seitdem die Wiederbelebungsversuche des Vereins. Mal geht es einen Schritt vorwärts, mal zwei zurück.

Mit ein paar Bruchstücken aus den

Klubannalen begab sich der Autor auf die Spurensuche. Rasch wurde klar: Astoria hatte nie ein Vereinsheim mit Geschäftsstelle. Mehrere Orte im Wedding mussten einen festen Standort ersetzen. Eine Eckkneipe mit Hinterzimmer in der Stettiner Straße, ein zwischengenutzter Keller in der Böttgerstraße, eine Abstellkammer über der Trainings- und Wettkampfhalle in der Prinzenallee. Letztere ist die einzige Anlaufstelle aus der 107-jährigen Vereinsgeschichte geblieben.

Leonhard Mandlar, Berlins Boxsportikone, hob Astoria am 12. Juli 1912 in der Weddinger Müllerstrasse 130 aus der Taufe. Zu einer Zeit, als im kaiserlichen Wilhelminismus öffentliches Boxen verboten war. Die Vereinschronik ist lückenhaft, oder besser: es gibt eigentlich keine. Vieles an Zeugnissen ist in alle Himmelsrichtungen zerstreut, vermutlich für immer ...



Astoria-Boxer (v.l.) Andreas Harnisch, Uli Junger, Michael Koch und Frank Stellmacher aus dem Jahr 1976

bi'bak, schau mal

Von: SINAN

Das bi'bak fiel mir als erstes durch seinen Namen auf, der bedeutet so viel wie «Schau mal», auf Türkisch. Gegründet durch die beiden sympathischen Menschen Malve Lippmann und Can Sungu im Jahr 2014 wird der Laden als Projektraum genutzt und bietet von Filmvorführungen über Ausstellungen bis zu Workshops eine Fülle von verschiedenen Aktivitäten an.

Das bi'bak ist als gemeinnütziger Verein organisiert und befasst sich mit Kunstwerken, die die Sicht der Einwander*innen beleuchten.

In der Veranstaltungsreihe bi'bakino ging es bei einer der letzten Veranstaltungen um die historische türkische Filmkultur in Berlin. An diesem Abend wurde gezeigt, dass schon in den 1980ern im damaligen Humboldt Kino Wedding vor ausverkauften Sälen türkische Filme gezeigt wurden. Später am Abend wird über die zahlreichen Videotheken, die zumeist auch «Import-Export Läden» waren, erzählt. Die Menschen fingen selbst an, Filme zu drehen und Themen wie Migrationserfahrungen, Religion und Identität in diesen zu verhandeln. Oft werden diese Werke, die ein Zeugnis deutscher Kulturgeschichte sind, von den gegenwärtigen Institutionen nicht wahrgenommen und das bi'bak versucht, darauf aufmerksam zu machen.

Eine Veranstaltungsreihe hieß »Filmemacherinnen aus dem arabischen

Raum: Ein vielfältiger Blick«, in der die Sicht auf die Orientale-Arabishe Frau aus der deutschen Perspektive hinterfragt wurde.

Das bi'bak fungiert auch als Herausgeber und hat schon einige Bücher publiziert, wie zum Beispiel das Buch «SILA YOLU – Der Ferientransit in die Türkei und die Geschichten der Autobahn» in der es von der alljährlichen Reise und den Strapazen der Gastarbeiter*innen erzählt. Meistens sind die Künstler*innen anwesend und zum Ende der Veranstaltung gibt es noch Zeit für eine Gesprächsrunde. Das bi'bak ist zu einer festen Anlaufstelle zur Abendgestaltung im Soldiner Kiez geworden. ☆

Der Projektraum befindet sich in der Prinzenallee 59 • www.bi-bak.de

Indigene Völker im peruanischen Regenwald setzen sich zur Wehr

Umweltzerstörung und industrielle Landwirtschaft bedrohen die Lebensgrundlage von 350.000 Indigenen

Von: Hildegard Willer

Als Holguín Macedo an jenem 18. Juni 2019 zum Fischen ging, sah er, dass eine schwarze, zähflüssige Brühe das Wasser bedeckte, in dem er sein Netz auswerfen wollte. Schnell lief er zurück ins Dorf und schlug Alarm. Die Männer des Dorfes eilten an die Stelle, wo eine Erdöl-Pipeline auf ihrem Gemeindegebiet verläuft und sahen bestätigt, was sie vermutet hatten: Die Pipeline war leck geschlagen. Erdöl war ausgelaufen und bedrohte nun den nahen Bach, aus dem sich Nuevo Progreso mit Wasser versorgt. Die Frauen stellten ihre größten Kochtöpfe ins Freie, um jeden Tropfen Regenwasser aufzufangen. Das Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen, das würde nun sehr knapp werden. «Wir können das Wasser nicht mehr zum Kochen und Trinken benutzen und die Fische sind auch verseucht», klagt Yolanda Unkuncham, eine 58-jährige Dorfbewohnerin.

Seit 42 Jahren transportiert eine Pipeline Erdöl aus dem Herzen des peruanischen Amazonasgebietes an die 1000 Kilometer weiter westlich gelegene Pazifikküste. Genauso lange ist auch die Geschichte ihrer Lecks. 108-mal sei seitdem Erdöl ausgetreten, vermeldet die Webseite der staatlichen Pipeline-Betreiberin Petroperu. In den letzten fünf Jahren sei es zu 49 Zwischenfällen gekommen. Die Konsequenzen tragen vor allem die indigenen Gemeinschaften, die in den betroffenen Gebieten leben. Ihr Wasser nehmen sie direkt vom Fluss, der zudem die Fische für den täglichen Verzehr liefert. Wenn Erdöl austritt, ist diese Existenzquelle auf Wochen und Monate hinaus zerstört.

Industrielle Landwirtschaft vernichtet den Regenwald

Das Amazonasgebiet ist eines der letzten zusammenhängenden und von Menschen unerschlossenen Gebiete dieser Erde. In den letzten Jahrzehnten ist es vermehrtem Druck ausgesetzt. Erdöl- und Erdgasförderung mitten im



Indigene besetzen die Erdölpumpstation in Saramiriza

Regenwald ist nur eine der Gefahren. An anderer Stelle verwüsten illegale Goldgräber den Regenwald – angeheizt vom weltweit hohen Goldpreis. Agrarkonzerne suchen große Flächen für den Anbau von Palmöl und machen dafür den Regenwald kaputt. Kleinbauern dringen in den Wald vor und roden Flächen für die Viehhaltung oder auch den illegalen Kokaanbau.

Und schließlich drängen die Staaten selber auf Erschließung durch Straßenbau oder Ausbaggerung der Flüsse für die Großschifffahrt. All dies bedrängt vor allem die indigenen Gemeinschaften, die seit Jahrtausenden das Amazonas-Gebiet besiedeln, und dort als Jäger, Fischer und Sammler im Einklang mit der Natur und dem Wald leben. Alleine im peruanischen Amazonasgebiet leben ca. 350.000 Indigene in 55 indigenen Völkern mit 45 Sprachen aus 13 Sprachfamilien. Sie gehören zu den Ärmsten und haben oft keinen Zugang zu guter Schulbildung, sauberem Trinkwasser, angemessener Ernährung oder Gesundheitsversorgung.

Insgesamt sind die indigenen Völker aber in der Minderheit angesichts der Überzahl der Siedler aus dem Hochland und der Küste, die auf der Suche nach Land in den letzten Jahrzehnten in den

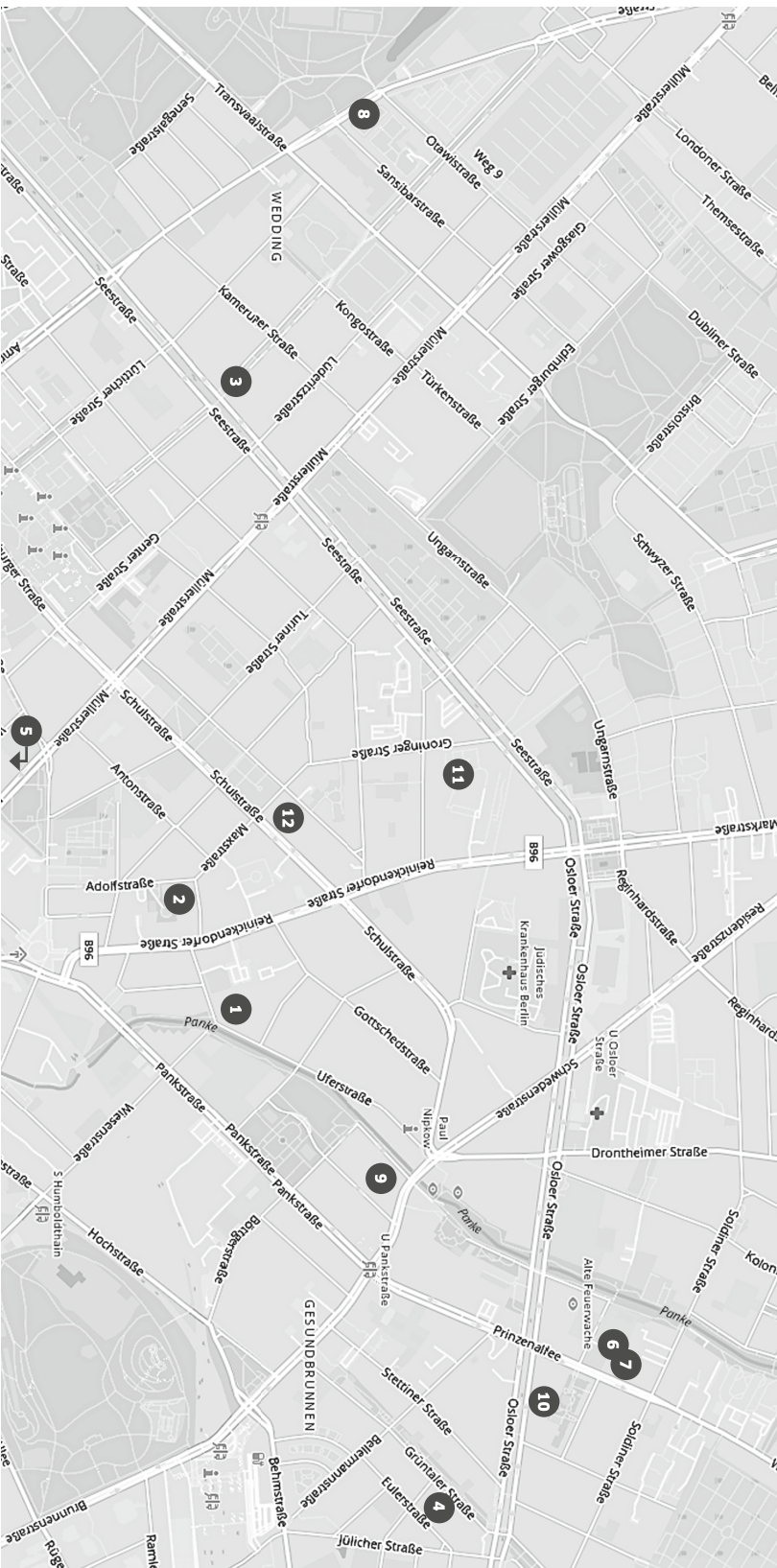
Regenwald gekommen sind.

Eines der größten Probleme für einen wirksamen Schutz des Regenwaldes ist juristischer Natur: Indigenen-Land ist traditionell Gemeinschaftsland. Als solches ist es aber nicht im peruanischen Grundbuch eingetragen. Das heißt, juristisch gehört der Regenwald den Nationalstaaten, und diese wiederum vergeben dann Land an Neusiedler für Ackerbau und Viehzucht, oder eben auch an Firmen, die Holz schlagen oder Palmplantagen anlegen. Der große Kampf der indigenen Völker geht dementsprechend darum, ihre kollektiven Eigentumsrechte gegenüber den Nationalstaaten geltend machen zu können.

Indigene Völker fordern aber auch Wiedergutmachung für die erlittenen Umweltschäden, wie die durch das ausgetretene Erdöl in der nordperuanischen Pipeline. Im Juli 2019 besetzten sie deswegen die Erdölpumpstation in Saramiriza. Ihre Forderung: ein Stopp der Erdölproduktion im Regenwald und stattdessen öffentliche Investitionen in die indigenen Gemeinschaften. ★

Weitere Infos zur Situation der indigenen Völker im peruanischen Regenwald finden Sie auf der Seite der Infostelle Peru

www.infostelle-peru.de



1 Berliner Mietergemeinschaft e.V.
Wiesenstraße 30, 13357
Beratung: Donnerstag, 18 – 19 Uhr

2 Bastai Die Erwerbsloseninitiative
Schererstr. 8, 13347
Beratung auf Englisch, Italienisch, Deutsch, Spanisch, Rumänisch am Di. 14 – 17 Uhr | auf Englisch, Deutsch, Serbo-Kroatisch am Mi. 10 – 13 Uhr

3 EOTO e.V.
Togostraße. 76, 13351
Beratung für schwarze Menschen in Diskriminierungsfällen
Terminvereinbarung unter: eachone@eoto-archiv.de | Tel. 030 98324177 |
Mo. 11 – 13 Uhr | Fr. 15 – 17 Uhr

4 Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Berlin
Grüntaler Straße 24, 13357
Infoveranstaltung: Jeden 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. | Offenes FAU-Lokal: Immer Fr. von 17 – 20 Uhr. | Gewerkschaftliche Beratung: Jeden 2. & 4. Fr. von 17 – 18 Uhr. **Anmeldungen** vorab per Mail an faub-beratung@fau.org |
MieterInnenberatung: Jeden 4. Mo. im Monat, 18 – 19 Uhr (in Kooperation mit Rechtsanwältin Carola Handweg)

Offene Beratung für Kollektivbetriebe
Siehe die Beratungs-Seite der union coop // föderation.

5 Berliner Obdachlosenhilfe e.V.
Lynarstraße 38, 13353
Festnetz: 030 51304896
(Mi. und Sa. von 13 – 17:30 Uhr)
Mobil: 017661102021
(Mo. – Fr. von 11 – 18 Uhr)

6 Netzwerk-Zusammen für Wohnraum
Prinzenalle 58
Kostenlose Mieterrechtsberatung
Jeden letzten Di. im Monat ab 18:30

7 Ami*Curiae
Prinzenalle 58 C
(2. Hinterhof, Erdgeschoss)
Die Beratung bezieht sich auf deutsches Recht und die Grenzen von deutschem

Recht im Kontext von Aufenthalt, Asyl und sozialen Fragen. Bitte vorher anmelden.

8 Kiezhaus Agnes Reinhold
Sozialberatung j.d. Do. 15–18 Uhr,
Sprachcafé j.d. Mi. 17–19:30 Uhr,
Kiekküche j.d. Di. 18–21 Uhr
Afrikanische Straße 74, 13351
www.kiezhaus.org

9 Nachbarschaftsladen Kommune 65
Buttmannstraße 1a, 13357
www.kiezkommune.org

Reicht Out
Beusselstr. 35, 10553
Anlaufstelle und Opferberatung
Erstkontakt per Tel. 030 69568399
Mail: info@reichtoutberlin.de
Mo. – Fr. 10 – 17 Uhr

Register Berlin Mitte
zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin
Anlaufstellen:

NARUD e.V.
Genter Str. 7, 13353 Berlin
Wendepunkt GmbH
Gottschedstr. 4, 13353 Berlin

10 Demokratie in der Mitte / Vor-Ort-Büro
Fabrik Osloer Strasse e.V.
Lotsenprojekt «Die Brücke» e.V.
Hochstädter Straße 16

11 Groni50
Groninger Str. 50
Küche für Alle (Küfa) jeden 2. Mo. im Monat

Wildwasser – Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.
Wriezener Str. 10 – 11, 13359 Berlin
Beratung nach telefonischer Voranmeldung | Tel. 030 48628222

12 Café Craie
Frauen*knaipekollektiv
Hochstädte Straße 10 A
Jeden Montag: Lesetresen
Jeden 3. Mi. im Monat, Ende Gelände
Tresen | Jeden 1. Do. im Monat
Hände weg vom Wedding Tresen